

Seit Jahrzehnten blickt Friedrich Merz von der transatlantischen Brücke auf die Welt. Umso schmerzlicher empfindet der 61-jährige Aufsichtsratschef des US-Vermögensverwalters Blackrock in Deutschland die aktuell zunehmende Entfremdung zwischen Europa und Amerika.

Herr Merz, haben wir mit dem Auftritt Donald Trumps in Europa und mit der deutlichen Reaktion der Kanzlerin darauf eine historische Zäsur in den transatlantischen Beziehungen erlebt?

Welche Tage und Wochen wirklich historisch waren, weiß man meist erst im Abstand von einigen Jahren. Richtig ist, dass wir es mit einem neuen Stil und möglicherweise auch mit einem neuen Inhalt der transatlantischen Beziehungen zu tun haben. Das Verhalten der Amerikaner auf internationalen Konferenzen ist anders geworden. Anders jedenfalls, als wir es gewohnt waren. Was daraus folgt, ist jedoch noch völlig offen.

Waren die Worte von Angela Merkel richtig?

Die Reaktion der Kanzlerin war, unabhängig davon, was historisch ist, richtig und notwendig. Einmal, um den Amerikanern zu sagen, dass wir auf dieser Seite des Atlantiks selbstbewusst genug sind, einige Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Aber auch, um den Europäern deutlich zu machen, dass sie in Bereichen wie der Außen- und Sicherheitspolitik, der Handelspolitik und möglicherweise auch der Klimapolitik ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen.

Hat Trump recht, wenn er von den Europäern fordert, mehr für ihre eigene Sicherheit zu tun?

Die Amerikaner mahnen seit langem eine fairere Lastenverteilung in der Nato an. Auch eine Präsidentin Hillary Clinton hätte uns Europäern deutlich gesagt, dass die USA nicht mehr bereit sind, rund 70 Prozent des Nato-Budgets zu tragen. Nur der Ton wäre vermutlich konzilianter gewesen.

Trump hat noch einmal die deutschen Handelsüberschüsse ins Visier genommen. Zu Recht?

Der Handelskonflikt wird uns sicher noch viele Monate beschäftigen. Wir sollten dabei auf drei Dinge besonders achten: Für die deutsche Wirtschaft ist es enorm wichtig, welches Schicksal das nordamerikanische Nafta-Abkommen nimmt. Gerade weil deutsche Unternehmen auch in Kanada und Mexiko aktiv sind und von dort aus in die USA liefern. Zudem sollten wir beobachten, ob das pazifische Freihandelsabkommen TPP vielleicht im kleineren Rahmen noch zu retten ist oder durch eine größere Initiative unter der Führung Chinas - Stichwort: neue Seidenstraße - ersetzt werden kann. Und schließlich bin ich sehr dafür, dass wir Europäer einen neuen Anlauf nehmen, um mit den USA über ein Handelsabkommen zu sprechen - das muss ja nicht unbedingt TTIP heißen.

Der transatlantische Schlagabtausch kommt zum 70. Jahrestag des Marshallplans. Sagt uns dieses Jubiläum heute noch irgendetwas?

Der Marshallplan wollte Europa nicht nur wirtschaftlich wieder aufbauen, sondern die Europäer zu Partnern in einer freiheitlichen westlichen Ordnung machen. Die entscheidende Frage heute ist, teilen die USA und Europa noch diese Wertegemeinschaft einer liberalen offenen Ordnung, die auf gemeinsamen Regeln basiert.

Was ist Ihre Antwort darauf?

Von der deutschen und europäischen Seite aus sollen wir an der Wertegemeinschaft überhaupt keinen Zweifel lassen. Es gibt auf der Welt keinen Ersatz für die transatlantische Partnerschaft. Amerika ist nach wie vor ein Land, in dem die Gewaltenteilung funktioniert. In dem politische Fehler öffentlich in den Parlamenten diskutiert und von unabhängigen Gerichten korrigiert werden können. Vergleichbares gibt es in China und Russland nicht. Dennoch sollten wir zum Beispiel mit China im Klimaschutz enger zusammenarbeiten.

Sind die USA noch ein zuverlässiger Partner?

Beschädigt ist das wichtigste Kapital, das Staaten untereinander haben können, nämlich das Vertrauen. Trump setzt das Vertrauen seiner Partner aufs Spiel. Daraus müssen die Europäer selbstverständlich Konsequenzen ziehen.



Friedrich Merz: „Der Stil hat sich verändert.“

Friedrich Merz

„Trump setzt das Vertrauen aufs Spiel“

70 Jahre nach der Verkündung des Marshallplans steht das transatlantische Bündnis vor einer Zäsur. Der **ehemalige CDU-Politiker** warnt jedoch davor, die Brücke nach Amerika abzurechnen.

Lena Boehm / Imagoeconomica

Welche Konsequenzen sind das?

Europa muss endlich handlungsfäh werden, um Ländern wie China, Russland und den USA auf Augenhöhe zu begegnen.

Kann Europa sein Schicksal in die eigene Hand nehmen?

Ich wünsche mir, dass über die konkreten Vorschläge der EU-Kommission zur Weiterentwicklung Europas intensiver diskutiert wird. Auch Deutschland muss darüber nachdenken, wie wir uns Europa im 21. Jahrhundert vorstellen.

Wie ist Ihre Vision für Europa?

Die Antwort kann nur lauten: Konzentration auf das Wesentliche und in diesen zentralen Bereichen mehr gemeinsam zu tun. „Weiter so“ ist jedenfalls keine Option.

Was heißt das konkret in der Sicherheitspolitik?

Die Nato hat mehrfach beschlossen, dass jedes Mitglied seine Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung steigern soll. Diese Vereinbarung muss eingehalten werden.

Außenminister Gabriel spricht von einer Aufrüstungsspirale?

Wenn man der Meinung ist, das Zwei-Prozent-Ziel sollte ergänzt oder geändert werden, dann ist nicht die deutsche Innenpolitik das richtige Forum dafür, sondern der Nato-Rat. Natürlich gibt es Dinge, über die man reden kann. Zum Beispiel über die deutschen Leistungen im zivilen Bereich, die auch zur politischen Stabilität in Krisenregionen beitragen. Aber ich habe keine Zweifel, dass wir auch militärisch mehr tun müssen.

Woran denken Sie?

Zum Beispiel daran, dass die Europäer in der militärischen Beschaffung viel besser zusammenarbeiten sollten. Und vielleicht ist der Austritt Großbritanniens aus der EU sogar eine Chance, Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik enger zusammenzubringen. Das haben in den vergangenen Jahren vor allem die Briten verhindert.

Können Deutschland und Frankreich nach der Wahl von Macron wieder als Tandem funktionieren und Europa voranbringen?

Die Wahl von Macron ist politisch die letzte Chance der Fünften Republik, aus den großen Schwierigkeiten herauszukommen, in denen sich Frankreich befindet. Wir sollten uns jedoch keine Illusionen machen: Zwischen Deutschland und Frankreich gibt es viele Gemeinsamkeiten, aber eben auch viele Unterschiede.

Sollte Deutschland Macron entgegenkommen?

Frankreich muss zunächst einmal selbst seine Herausforderungen meistern. Aber Deutschland sollte in der Tat sehr kooperativ sein.

Wo zum Beispiel?

Deutschland und Frankreich könnten Konzepte für den Arbeitsmarkt entwickeln. Zum Beispiel durch gemeinsame Modellregionen für die Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik. Deutschland hat ein Interesse daran, dass sich die französische Wirtschaft erholt und dass vor allem die enorm hohe Jugendarbeitslosigkeit bekämpft wird.

Zurück nach Amerika. Wie soll Deutschland mit Trump in den kommenden vier Jahren umgehen?

Wir sollten ruhig bleiben und selbstbewusst auftreten. Außerdem sollten wir mit der gesamten Administration sprechen und genau beobachten, wie sich die politische Debatte in Amerika entwickelt. Auch die Gouverneure der 50 Bundesstaaten sind wichtige Gesprächspartner.

Sie haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass wir mit Trump zusammenarbeiten können? Trump ist zugänglich, er hört zu, er ist lernfähig. Er macht zwar große Ankündigungen, die er aber oft gar nicht umsetzt. Der Präsident hat eine gute Regierung, mit der man zusammenarbeiten kann.

Herr Merz, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte **Torsten Riecke**.

”

Europa muss endlich handlungsfäh werden, um China, Russland und den USA auf Augenhöhe zu begegnen.

Vita Friedrich Merz

Der Politiker

Der Sauerländer war von 1998 bis 2004 in der Spitze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aktiv und von 2000 bis 2002 ihr Vorsitzender. Seit 2009 ist Merz zudem Vorsitzender der Atlantik-Brücke.

Der Manager

Nach seinem Ausscheiden aus der Politik kehrte Merz in seinen Anwaltsberuf zurück und ist seit März 2016 Chairman des US-Vermögensverwalters Blackrock in Deutschland.



Andreas Kluth
Chefredakteur von Handelsblatt Global

„Ami, stay here“

Deutsche und Amerikaner waren schon immer in Hassliebe tief verbunden, erinnert sich der Leiter der englischsprachigen Ausgabe des Handelsblatts.

Schieben wir gleich mal die Schuld auf Frederick Muhlenberg. Als Deutscher und erster Sprecher des Repräsentantenhauses der USA soll Muhlenberg 1795 gegen Deutschland als offizielle Zweitsprache gestimmt und damit das Gesetz verhindert haben. So war es nicht, aber die Legende ist wichtiger als die Wahrheit. Die Deutschen waren immer die größte und zugleich unscheinbarste Einwanderergruppe in Amerika, auch nach dem ersten Weltkrieg, als aus Schmidts Smiths und aus Müllers Millers wurden. Auch ich bin Deutscher. Auch Donald Trump ist einer.

Das ist dem Präsidenten der USA egal, weil er sich nicht für Geschichte interessiert. Sonst hätte er ein Gespür für die wahre „special relationship“ seit 1945. Denn das war nicht das „anglo-“, sondern das deutsch-amerikanische Verhältnis. Nur mit Hilfe Amerikas konnte Westeuropa seine Feindschaften beiseitelegen. Offen und großzügig bauten die Amis den ehemaligen Feind Deutschland wieder auf, und brachten alles von Demokratie bis Jazz, Jeans und Elvis gleich mit.

Viele Deutsche waren begeistert und träumten von Amerika wie schon Karl May. Ziemlich viele wanderten sogar aus, wie auch meine Eltern im Jahr 1967. Andere Deutsche zogen es vor, auf Amerika herabzuschauen. Besonders gerne halten sie Amerika für „oberflächlich“, was ich, dort lebend, immer oberflächlich fand. Für die Linken sind die Amis an allem schuld, für die ganz Rechten auch. Viele Deutsche sehen sich heute gern als pazifistische Weltretter und glauben, andere belehren zu müssen, vor allem ihre Schutzmacht. Man stelle sich vor: Die spionieren sogar!

Diese Neigung zum Belehren gilt ja als sehr deutsch und nervt viele europäische Nachbarn. Die Amerikaner nahmen es aber immer leichter. Die meisten interessieren sich nämlich nicht für Meinungen von außen. Wenn sie Deutsche treffen, wie zum Beispiel meine Eltern damals, gehen sie einfach offen auf diese zu und nehmen sie auf. Das geht oft so lässig, dass die Deutschen es wieder „oberflächlich“ nennen.

Und trotzdem haben immer mehr Amerikaner den Eindruck, dass nicht nur Deutschland, sondern die halbe Welt sie ständig reinlegt. Im Ernstfall wollen alle sich auf Amerika verlassen können, dann aber nicht die Last in Dollar und Blut teilen und hinterher noch hämisch den Zeigefinger erheben, wenn was schiefgeht.

Diese Einstellung wuchs vor allem in den Regionen, die Amerikaner „rot“ nennen - nicht europäisch-rot, sondern „god-n-guns“-republikanisch. Manchmal

wird es auch das horizontale Amerika genannt, das undicht besiedelte, in dem die Menschen weit nebeneinander leben in ihrem alten, herzlichen, aber kämpferischen Frontier-Individualismus. Die blauen (demokratischen) Amerikaner hängen leben eher vertikal, also aufeinander gestapelt in den Hochhäusern der Großstädte. Sie essen Weltküche, beten (wenn überhaupt) in Sanskrit im Yoga-Studio und schauen TED-Talks zum Spaß. Weil sie Kosmopoliten sind, sind diese blauen Vertikalen den roten Horizontalen verdächtig, genau wie Kreuzberger Weltbürger den Pegida-Anhängern im Erzgebirge nicht ganz geheuer sind oder Londoner Yuppies den Brexit-Wählern in Yorkshire. Kosmopoliten verkörpern eine Globalisierung, die nationale Identität infrage stellt. Sie sind das, was früher die Juden waren.

Trump kommt aus dem vertikalsten und blauensten Amerika, zielt aber zynisch auf die Frustrierten im horizontalen Teil. Zahlenmäßig haben die Vertikalen im November gewonnen, aber das Wahlsystem gibt dem horizontalen Amerika einen Vorsprung. Und so haben wir Trump. Der entpuppt sich jetzt als genauso schlimm, wie die Blauen gefürchtet hatten. Und das hat jetzt auch Angela Merkel öffentlich zugegeben, wenn auch nur -typisch - „ein Stück“ weit.

Das halte ich für tragisch, weil Merkel eigentlich zur Karl-May-Tradition zählt. Wie May in Sachsen, da, wo jetzt Pegida stark ist, saß Merkel früher in der Uckermark und träumte von Amerika. Sobald sie konnte, reiste sie nach San Diego, wo sie, wie so viele Deutsche, von der freundlichen Art der Eingeborenen fast schockiert war. Außerdem verstand die Ostdeutsche, wie wichtig Amerika für Deutschland und Europa ist. Über die Alternativen zu einer amerikanisch-geführten Welt hat sie, nach langer Erfahrung mit Wladimir Putin, keine Illusionen.

Und trotzdem fühlt sie, dass Deutschland und Europa ist. Über die Alternativen zu einer amerikanisch-geführten Welt hat sie, nach langer Erfahrung mit Wladimir Putin, keine Illusionen.

Für mich als Deutscher und meine Kollegen bei Handelsblatt Global ist die Situation traurig. Hier sind wir allesamt Kosmopoliten und spüren oft das Misstrauen anderer. Trotzdem will ich noch nicht hysterisch werden - das wäre zu deutsch und zu amerikanisch. Wir haben ja seit Frederick Muhlenberg schon weitaus Schlimmeres zusammen durchgemacht.

Marko Prike für Handelsblatt